

27. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

23.-25. November 2007, CongressCenter Nürnberg

Iran: Menschenrechte schützen, militärische Eskalation stoppen, Atombombe verhindern

Der gesamten Region im Nahen und Mittleren Osten droht durch das iranische Atomprogramm ein nuklearer Rüstungswettlauf mit unabsehbaren Konsequenzen für das globale Nichtverbreitungsregime und den Weltfrieden. Die Region ist zudem durch den Irak-Krieg destabilisiert. Gleichzeitig bereiten uns die Vorbereitungen der US-Regierung für eine kriegerische Auseinandersetzung große Sorgen. Mitgliedstaaten des Nichtverbreitungsvertrags (NVV) haben das Recht auf friedliche Nutzung der Atomenergie. Doch dieses Recht ist mit der Pflicht zur Offenlegung des Atomprogramms gegenüber der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA verbunden. Iran hat jedoch lange Zeit geheime Programme insbesondere zur Urananreicherung und Plutoniumherstellung betrieben. Diese sind für ein ziviles Atomprogramm des Iran nicht nötig. Es gibt deswegen den begründeten Verdacht, dass Iran seit längerem die Entwicklung einer Atombombe anstrebt.

Als 2003 mit Entdeckung des geheimen Atomprogramms die Ernsthaftigkeit der Lage offenbar wurde, reisten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens gemeinsam nach Teheran. Dies war der Start des EU-3-Verhandlungsprozess, der inzwischen von allen ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates als „3+3“ (die EU-3 plus die restlichen Mitglieder des Sicherheitsrates USA, China und Russland) mitgetragen wird. Damit hat grüne Außenpolitik maßgeblich zu einer Perspektive für eine friedliche Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm beigetragen. Der Iran hatte die Urananreicherung in dieser Phase ausgesetzt, ein Durchbruch konnte unter der gemäßigten Regierung von Staatspräsident Khatami aber noch nicht erzielt werden.

Der neue Präsident Ahmadinedschad ließ die Urananreicherung jedoch demonstrativ wieder aufnehmen und drohte gleichzeitig, Israel „von der Landkarte ausradieren“ zu wollen. Hinzu kommt seine abscheuliche Verleugnung des Holocaust, bei der der iranische Staatspräsident die unvergleichbare und systematische Ermordung von Millionen Menschen aus tagespolitischem Kalkül in Zweifel zieht. Iran besitzt außerdem Mittelstreckenraketen, mit denen israelisches Territorium erreicht werden könnte.

Die „3+3“ haben dem Iran 2006 schließlich ein Angebot für Verhandlungen über eine weitgehende wirtschaftliche und nukleartechnische Kooperation vorgelegt. Als Bedingung

gilt ein Moratorium der Urananreicherung, damit der Iran während der Verhandlungen keine Fakten schaffen kann. Dies lehnt der Iran jedoch ab. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat daraufhin im Dezember 2006 ohne Gegenstimmen eine Gefährdung der internationalen Sicherheit durch das iranische Atomprogramm festgestellt und wegen Irans andauernder Weigerung, die Urananreicherung einzustellen, inzwischen zwei Sanktionsstufen beschlossen. Die Tür für Verhandlungen steht jedoch für Iran jederzeit offen. Dafür gilt es auf der Grundlage der Beschlüsse des Sicherheitsrates einen Kompromiss in der Frage der Aussetzung der Urananreicherung zu finden. Dies darf nicht durch Alleingänge, Nebenabsichten oder Vorbedingungen, egal von welcher Seite, behindert werden. Dabei sind die Vorschläge zu berücksichtigen, die IAEA-Generaldirektor ElBaradei mehrfach gemacht hat. Auch die Staaten des Golfkooperationsrates haben Iran einen wichtigen Vorschlag zur Lösung der Anreicherungsfrage gemacht. Sie schlagen eine gemeinsame multilaterale Urananreicherung in einem neutralen Drittstaat wie z.B. der Schweiz vor.

Am 15. November hat die IAEA dem Iran eine deutlich verbesserte Zusammenarbeit bei der Klärung alter offener Fragen über das iranische Atomprogramm attestiert. Der Bericht stellt jedoch auch fest, dass die Kenntnisse der IAEA über das aktuelle iranische Atomprogramm schwinden und fordert deswegen die iranische Führung auf, das Zusatzprotokoll zum NVV zu ratifizieren und als vertrauensbildende Maßnahme die Urananreicherung wieder auszusetzen. Ende November wird auch der EU-Außenbeauftragte Javier Solana dem UN-Sicherheitsrat über Irans Bereitschaft bzw. Nichtbereitschaft zur Aussetzung der Urananreicherung berichten. Auf Grundlage dieser beiden Berichte entscheidet der UN-Sicherheitsrat über das weitere Vorgehen.

Parallel zum internationalen Verhandlungsansatz bereitet sich jedoch das US-Militär auf die Möglichkeit eines Militärschlags gegen Iran vor. Dabei bedient sich die US-Regierung einer unverantwortlichen Eskalationsrhetorik. Auch US-Präsident Bush schließt einen Militärschlag explizit nicht aus und warnt vor der Möglichkeit eines „Dritten Weltkrieges“, sollte der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen. Zudem dient die Iran-Krise als Begründung für das US-amerikanische Raketenabwehrprogramm in Mitteleuropa. Dieses fügt dabei dem internationalen Gleichgewicht erheblichen Schaden zu und wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Auch die Verschärfung unilateraler US-Sanktionen sowie Versuche der US-Regierung, durch Sanktionsdrohungen Einfluss auf europäische HandelspartnerInnen des Iran zu nehmen, dienen nicht der Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft.

Angela Merkel hat auf ihrer jüngsten USA-Reise diesem Vorgehen Washingtons nichts entgegengehalten. Im Gegenteil: Sie forderte auf der einen Seite zwar eine diplomatische Lösung, ohne aber auf der anderen Seite die militärischen Drohungen der Bush-Regierung zu kritisieren. Die Eskalationsrhetorik sabotiert vor dem Hintergrund der realen Militärplanungen eine diplomatische Lösung, und gefährdet die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft. Die Eskalationsrhetorik wird so zu einer *self fulfilling prophecy* an deren Ende trotz gegenteiliger Beteuerungen ein tatsächlicher Angriff auf den Iran zu stehen droht. Ein solcher Militärschlag hätte katastrophale Folgen für die regionale Stabilität und den internationalen Frieden. Das abschreckende Beispiel des Irak-Krieges hat dies klar gemacht.

Im Iran selbst haben nach der Wahl Ahmadinedschads zum Staatspräsidenten die Menschenrechtsverletzungen massiv zugenommen. Mit großer Brutalität wurden mittlerweile

hunderttausende afghanische Flüchtlinge ins Nachbarland abgeschoben. Die Ermordung politischer Häftlinge, die Hinrichtung von Homosexuellen, die Steinigung von „sexuellen Delinquenten“ – auch Minderjähriger – sowie die Verhängung bestialischer Körperstrafen und der Todesstrafe auch für minderschwere Verbrechen gehören mittlerweile zum schrecklichen Alltag im Iran. Dabei wird oft nicht einmal der selbst auferlegten Beweisführung des nach eigenem Bekunden Sharia-bezogenen Strafrechts genüge getan. Der Iran verstößt eklatant gegen den von ihm unterzeichneten und ratifizierten Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie die Konvention über die Rechte der Kinder. Die sich aus diesen Abkommen ergebenden Verpflichtungen stehen in ihrer Bedeutung nicht hinter den Verpflichtungen aus dem NVV zurück.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2007 wurden über 150 Menschen in den Straßen der iranischen Städte erhängt und öffentlich zur Schau gestellt. Noch vor wenigen Jahren war die iranische Presselandschaft im Vergleich mit anderen Ländern im Nahen Osten einmalig vielfältig. Durch etliche Zeitungsverbote wurde mittlerweile jegliche kritische Stimme zum Schweigen gebracht. Dabei benutzt die Regierung auch den internationalen Druck in der Atomfrage, um innenpolitisch ihre Gegner mundtot zu machen. Aber auch außenpolitisch wäre es falsch, wenn die Frage der Menschenrechte wegen der Atomfrage in Vergessenheit gerät.

Vor diesem Hintergrund

1. ist es unser Ziel, eine iranische Atombombe und einen weiteren Krieg im Nahen Osten zu verhindern.
2. fordern wir eine größtmögliche Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft in der Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm, das neue Verhandlungen über das Angebot der 3+3 ermöglicht. Eine militärische Nutzung des iranischen Atomprogramms, und damit eine Gefährdung für die Stabilität der Region und das globale NVV-Regime, muss mit diplomatischen Mitteln verhindert werden. Ein umfangreiches Kooperationsangebot und Sanktionen sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Falls sich Iran Verhandlungsangeboten weiterhin verweigert, muss das Ziel sein, weitere Sanktionen im UN-Rahmen zu erreichen.
3. begrüßen wir die Fortschritte bei der Zusammenarbeit Irans mit der IAEO bei der Klärung alter Fragen und sind gleichzeitig besorgt über den geringer werdenden Informationsstand der IAEO über das aktuelle Atomprogramm. Zur Verbesserung der IAEO-Kontrollmöglichkeiten sind jetzt nicht einseitige Sanktionen, sondern die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft inklusive gemeinsamer Verhandlungsangebote gefragt. Wir fordern den Iran auf, das Zusatzprotokoll zum NVV zu ratifizieren und damit die entsprechende Zusage gegenüber den EU-3 aus dem Jahr 2003 zu erfüllen.
4. fordern wir ein sofortiges Ende der konkreten Vorbereitungen auf einen möglichen Militärschlag – vom Flottenaufmarsch bis hin zur Unterstützung militanter Aktionen im Iran – sowie der Eskalationsrhetorik und der Ankündigung militärischer Aktionen

gegenüber dem Iran seitens der US-Regierung. Die Bundesregierung muss solcher Rhetorik klar entgegentreten und die USA zusammen mit den EU-Partnern auf ein gemeinsames diplomatisches Vorgehen verpflichten.

5. verurteilen wir die Vernichtungsdrohungen Ahmadinedschads gegen den Staat Israel. Das Eintreten für das Existenzrecht Israels ist ein zentrales Fundament deutscher Außenpolitik.
6. fordern wir von den Vereinigten Staaten, den Empfehlungen des „Baker-Hamilton-Bericht“ zu folgen und das direkte Gespräch mit dem Iran zu suchen. Iran wird auch für die Stabilisierung des Irak gebraucht. Direkte Verhandlungen mit dem Ziel umfassender Verständigung und tragfähiger Garantien sind anzustreben. Die von den USA geplante militärische Aufrüstung der Nachbarstaaten gegen Iran lehnen wir dagegen als konfliktverschärfend entschieden ab.
7. erkennen wir das Recht des Iran auf friedliche Nutzung der Atomenergie im Rahmen des NVV an. Der NVV sieht jedoch vor, dass dieses Recht an Pflichten gekoppelt ist, wozu die vollständige Transparenz gegenüber der IAEO gehört.
8. begrüßen wir die Vorschläge der IAEO, des Golfkooperationsrats und auch der Bundesregierung zur Multilateralisierung des Brennstoffkreislaufs auf neutralem Gebiet als wichtigen Lösungsansatz im Konflikt um das iranische Atomprogramm und zur Stärkung des NVV-Regimes.
9. fordern wir die Bundesregierung bis zur Überprüfungskonferenz des NVV im Jahr 2010 auf, sich vor allem auch gegenüber den verbündeten Atommächten für eine entschlossene Initiative zur Stärkung des NVV-Regimes einzusetzen.
10. lehnen wir Doppelstandards bei Atomkooperationen ab. Wir fordern die USA und Frankreich auf, ihre derzeitigen bzw. angekündigten Nuklearkooperationen mit Indien, Libyen und Marokko zu beenden und stattdessen dazu beizutragen, den Nichtverbreitungsvertrag zu stärken. Die Bundesregierung fordern wir auf, die Aufweichung der nuklearen Lieferbeschränkungen zugunsten Indiens in der *Nuclear Suppliers Group* durch ihr Veto zu verhindern, den deutsch-brasilianischen Atomvertrag durch einen Erneuerbare-Energien-Vertrag zu ersetzen und die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO zu beenden.
11. müssen wir uns verstärkt für einen internationalen Diskurs über die Gefahren der Atomenergie einsetzen. Denn diese ist nicht nur ökonomisch unsinnig und ökologisch nicht vertretbar, sondern auch wegen der mit ihrer einhergehenden Proliferationsgefahr abzulehnen.
12. sprechen wir uns dafür aus, nach 50 Jahren Atomenergieförderung die IAEO auf ihre Kontrollaufgaben zu beschränken und allen NVV-Mitgliedsstaaten überzeugende Angebote zur Förderung erneuerbarer Energien zu machen.
13. liegt auch die Zukunft des Iran weder in der Nutzung der Atomkraft noch in der

fortgesetzten Ausbeutung der fossilen Ressourcen. Dieses Land hat enorme Möglichkeiten in der Entwicklung der erneuerbaren Energien. Wir sprechen uns für eine stärkere europäisch-iranische Zusammenarbeit in der Entwicklung dieser erneuerbaren Energieressourcen und ihrer Nutzung aus. Mit dem Aufbau einer solaren Energiewirtschaft wird die Einbindung des Iran in weltweite Verpflichtungen des Klimaschutzes möglich.

14. verurteilen wir die massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran, die sich gegen Jugendliche, JournalistInnen, Frauenrechtlerinnen, Homosexuelle, geistliche Reformatoren, einzelne religiöse Minderheiten und politisch Aktive richtet. Wir fordern die Europäische Union und die Bundesregierung auf, dem iranischen Regime gegenüber endlich eine klare Sprache zu sprechen und zu einer engagierten Menschenrechtspolitik zurückzukehren.
15. kritisieren wir, dass die Menschenrechtslage bei der Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zum Iran hinter anderen Fragen zurückgeblieben ist und fordern die Bundesregierung auf, alles zu tun, um den Menschenrechtsdialog mit dem Iran fortzuführen.
16. fordern wir die Völkergemeinschaft auf, die iranische Führung in den bilateralen und multilateralen Gesprächen stets auch an die Verpflichtungen zu erinnern, die sich aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und der Kinderrechtskonvention ergeben und diese Fragen wegen der Atomfrage nicht in den Hintergrund treten zu lassen.
17. fordern wir, keine Abschiebung von Iranerinnen und Iranern in den Iran durchzuführen, wenn diesen aufgrund der Menschenrechtslage dort Schaden für Leben, Gesundheit und Freiheit droht. Hier muss gelten: Im Zweifel für den Schutz der Flüchtlinge.
18. suchen wir aktiv das Gespräch und die Zusammenarbeit mit der vitalen iranischen Zivilgesellschaft. Gleichzeitig fordern wir die USA auf, ihr Programm „Samtene Revolution“ sofort einzustellen. Dieses stellt Initiativen Geld für einen langsamen „Regime Change“ im Iran bereit. Stattdessen dient es dem iranischen Regime als Vorwand, alle seine Gegner als „amerikanische Spione“ zu verunglimpfen.
19. solidarisieren wir uns mit den afghanischen Flüchtlingen, die im Iran derzeit heftigen Repressionen ausgesetzt sind. Wir fordern Teheran auf, diese Repressionen zu beenden und die angekündigte Massenabschiebung aller AfghanInnen aus dem Iran ad acta zu legen. Zudem muss die Staatengemeinschaft den Iran wesentlich stärker als bisher bei der Bewältigung der Flüchtlingsversorgung unterstützen. Wir fordern darüber hinaus die Bundesregierung auf, diese Misere mit einem Resettlement-Programm für afghanische Flüchtlinge zu mindern.